

Wirtschaftsrat 2018

Podium I

Friedrich Merz

Sehr geehrte Frau Justenhoven, meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst auch von meiner Seite ein herzliches Wort des Dankes für die Einladung, hier einige einleitende Gedanken vorzutragen zu unserem Thema „Welt im Wandel, Sicherheit als Wirtschaftsfaktor“. Lassen Sie mich zu dem, was Herr Theurer hier vorgetragen hat, nochmal einen Schritt zurückgehen und die Frage stellen: Von welchem Sicherheitsbegriff gehen wir eigentlich heute aus?

Ich will versuchen, es mit vier Teilen dieses einen Begriffs zu beantworten. Sicherheit ist für uns zunächst, wie auch schon in früheren Jahren und Jahrzehnten, die Sicherheit unserer territorialen Integrität. Sicherheit ist aber auch, und die Bilder des letzten Wochenendes haben dies geradezu exemplarisch gezeigt, die Sicherheit einer regelbasierten internationalen Ordnung, an die sich alle Akteure, die sie eingegangen sind auf der Welt auch halten. Sicherheit ist schließlich die Sicherheit unseres Rechtsstaates, der die Bewahrung einer offenen freiheitlichen liberalen Gesellschaftsordnung nach innen gewährleistet. Und schließlich, darüber hat Herr Theurer dankenswerterweise sehr ausführlich bereits gesprochen und ich kann es an dieser Stelle dann auch kurz machen, Sicherheit ist im Zeitalter digitaler Infrastruktur auch die Sicherheit der digitalen Infrastruktur.

Ich will mich mit der Frage beschäftigen: Was sind die Voraussetzungen dafür, um diese Sicherheit im umfassenden Sinne auch im 21. Jahrhundert zu gewährleisten? Und ich will mich abschließend mit der Frage beschäftigen: Mit wem? Wer sind eigentlich die besten Partner für uns, für Deutschland, um eben genau dies auch zu erreichen?

Lassen Sie mich mit den Voraussetzungen für Sicherheit zunächst im erstgenannten Sinne der territorialen Integrität unseres Staates beginnen. Seit vier Jahren wissen wir, dass die mühsam errichtete Nachkriegsordnung auf dem europäischen Kontinent eben nicht mehr selbstverständlich davon ausgehen kann, dass die territoriale Integrität von Staaten von allen, auch von denen, die das Pariser Abkommen 1990 unterschrieben haben, gewährleistet wird. Die gewaltsame Annexion der Krim und der bis heute anhaltende Konflikt in der Ost-Ukraine zeigen, dass wir eben nicht mehr wie selbstverständlich davon ausgehen können, dass die Sicherheit der territorialen Integrität von allen Vertragspartnern dauerhaft anerkannt wird.

Darauf haben die Mitgliedsstaaten der Nato bereits vor über fünfzig Jahren eine Antwort gegeben, indem sie einen Teil dieser internationalen regelbasierten Ordnung über die Nato errichtet haben, die auch im 21. Jahrhundert, auch in unserer Zeit nichts, aber auch gar nichts an ihrer Existenzbegründung verliert.

Teil dieser regelbasierten internationalen Ordnung sind aber auch Teile der Welthandelsordnung, der WTO-Vertrag, die Errichtung entsprechender Institutionen, multilateraler und bilateraler Verträge. Wir erleben gegenwärtig eine amerikanische Regierung, die – jedenfalls in wesentlichen Teilen – nicht mehr bereit zu sein scheint, sich an diese regelbasierte Ordnung und auch an die Handlungsfähigkeit der Institutionen zu halten.

Eine weitere Voraussetzung für Sicherheit im umfassenden Sinn, ist die Aufrechterhaltung und Gewährleistung unseres Rechtsstaates nach innen. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das so offen ansprechen, wie ich es meine und wie es, wie ich meine, in diesem Kontext auch angesprochen werden muss. Wir haben vor zwei Jahren um diese Zeit erlebt, dass unser Rechtsstaat auch versagen kann.

Während der Flüchtlingskrise hat es Wochen und Monate gegeben, wo die rechtsstaatliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland nicht nur herausgefordert wurde, sondern wo Teile dieses Rechtsstaates auch nicht mehr

funktioniert haben. Gott sei Dank ist diese kurze Phase überwunden. Aber die Folgen dieses partiellen Versagens unseres Rechtsstaates sind bis heute zu sehen.

Auch hier ein offenes Wort: Meine Damen und Herren, die Integration von über einer Million Flüchtlingen in die Bundesrepublik Deutschland ist bis heute nicht gelungen. Darauf zu hoffen, dass dies mit unseren europäischen Partnern vielleicht doch noch gelingen könnte, bleibt vermutlich eine Hoffnung. Jedenfalls muss man heute feststellen, es gibt niemanden in der Europäischen Union, der bereit ist, den deutschen Weg mit uns zu teilen. Und so einfache Sätze, wie der, „der Islam gehört zu Deutschland“, scheinen mir das Problem auch nicht wirklich zu lösen.

Ich habe, meine Damen und Herren, vor vielen Monaten einen der renommiertesten Historiker unseres Landes, Heinrich-August Winkler, einmal gefragt: Was halten Sie eigentlich von diesem Satz? Seine Antwort war relativ klar. Er hat gesagt: *Dieser Satz ist historisch falsch. Er ist unterkomplex. Und er wird der Lösung des Problems nicht gerecht.*

Unterkomplex, höflicher kann man es ja kaum noch ausdrücken. Aber, meine Damen und Herren, wenn dieser Satz unterkomplex ist, dann ist auch der gegenteilige Satz, der da lautete, der Islam gehört nicht zu Deutschland, unterkomplex. Die Tatsache, dass sieben Millionen Menschen in Deutschland islamischen Glaubens sind, ist nun mal eine Tatsache. Und sie gehören, mehr oder weniger jedenfalls, zu Deutschland. Die entscheidende Frage ist, welche Ansprüche an Integration stellen wir eigentlich, um auf Dauer unsere freiheitliche, rechtsstaatliche liberale Rechtsordnung auch denen und mit denen gegenüber zu gewährleisten, die nun einmal in Deutschland leben.

Ich verstehe Integration nicht so, dass da zwei unterschiedliche Meinungen einen gleich langen Weg aufeinander zugehen müssen, um sich irgendwo in der Mitte zu treffen. Wir haben es hier, und auch dies sei ganz offen angesprochen, mit ganz unterschiedlichen Vorstellungen über offene

freiheitliche rechtsstaatliche Gesellschaften zu tun. Große Teile des Islams folgen einem normativ kollektivistischen Gedanken. Große Teile unserer christlichen Tradition, der Aufklärung und unserer Rechtsordnung folgen dem Normativ individualistisches Prinzip. Dazwischen gibt es keinen Kompromiss, sondern die entscheidende Anforderung wird sein, diejenigen, die hier auf Dauer leben wollen, dazu zu bewegen, sich diesem normativ individualistischen Imperativ anzuschließen und unserer Rechtsordnung zu folgen, die genau von diesem Prinzip auf Dauer ausgehen muss.

Wenn uns das nicht gelingt, meine Damen und Herren, ich zitiere erneut Heinrich-August Winkler, „dann werden wir den Kulturkampf“, in dem sich nach seinen Worten „unsere freiheitlich-liberale Ordnung seit einigen Jahren befindet, nicht gewinnen“.

Lassen Sie mich zum Abschluss – das Thema digitale Infrastruktur überspringend, zu dem Herr Theurer alles gesagt hat, was notwendig war – auf die Frage gehen: Mit wem erreichen wir das nun am besten?

Zunächst einmal sind die Anforderungen an uns selbst gestellt. Wir müssen in unserer Staats- und Rechtsordnung wieder ein bisschen mehr Selbstbewusstsein haben, auch gegenüber denjenigen, die diese Staats- und Rechtsordnung von innen wie von außen infrage stellen. Das scheint mir einigermaßen trivial zu sein. Genauso richtig und trivial ist es, dass wir Deutschen das nicht alleine können, sondern dass wir Partner auf der Welt brauchen. Henri Kissinger hat einmal vor vielen Jahren gesagt, das zitiere ich häufig: „Deutschland ist für die Welt zu klein und für Europa zu groß.“

In diesem einen Satz kommt das ganze Dilemma unseres Landes zum Ausdruck. Allein werden wir die großen Probleme der Gegenwart und der Zukunft sicher nicht lösen können. Aber unsere europäischen Nachbarn empfinden uns häufig genug als zu groß, zu arrogant, zu überheblich, zu dominierend, zu bevormundend. Deutschland muss bereit sein, eben eine gleichberechtigte Rolle in der Europäischen Union zu spielen und anderen die

gleichen Mitspracherechte über die Zukunft und die Entwicklung der Europäischen Union zu geben wie uns selbst. Ich will das ausdrücklich unterstreichen. Es hätte nicht acht oder neun Monate dauern dürfen, bis der französische Staatspräsident Emmanuel Macron auf seine Vorschläge zur weiteren Entwicklung der Europäischen Union aus Deutschland eine Antwort bekommt.

Wir haben die Zeit nicht dazu, darauf zu warten, ob nun in mühevoller Kleinarbeit in Deutschland wieder eine Regierung zustande kommt oder nicht. Die Welt wartet nicht auf komplizierte Regierungsbildungen in einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, auch nicht auf Deutschland. Diese Europäische Union, meine Damen und Herren, wird herausgefordert wie wahrscheinlich noch nie in ihrer jüngeren Geschichte. Ich komme damit auf das zurück, was ich zu Beginn gesagt habe. Ein umfassender Sicherheitsbegriff umfasst Sicherheit durch die Gewährleistung einer globalen, regelbasierten, auf Institutionen gestützte Ordnung.

Was machen wir, wenn Amerika nicht mehr bereit ist, diese Rolle mit zu spielen? Gibt es andere, die sozusagen an die Stelle von Amerika treten können, die sozusagen austauschbar sind mit den Vereinigten Staaten von Amerika als potenzielle Partner Europas und Deutschlands, um genauso eine regelbasierte internationale Ordnung mit Institutionen für das 21. Jahrhundert zu errichten? Ich habe große Zweifel.

Bei aller Kritik, die wir an der amerikanischen Regierung und auch an dem gegenwärtigen Präsidenten üben, und ich teile diese Kritik ganz überwiegend, Amerika ist immer noch ein Rechtsstaat, ein anderer Rechtsstaat, aber ein Rechtsstaat. Amerika ist immer noch eine Demokratie, eine andere Demokratie als unsere, aber eine Demokratie. Und die amerikanische Regierung kann auch nicht alles allein entscheiden. Es gibt auch in Amerika Gewaltenteilung. Damit sind wir bei dem entscheidenden Unterschied, der uns, die Europäer, und die Amerikaner von einem größer werdenden Teil der übrigen Welt unterscheidet.

Wir sind mit Amerika zusammen der Überzeugung, dass politische Macht Begrenzung durch Institutionen braucht und dass dies am besten dann gelingt, wenn Regierung, Parlament, Gerichte und – wahrscheinlich muss man heute dazu sagen – auch die Medien bereit sind, sich an Regeln der gegenseitigen Machtbegrenzung zu halten. Das augenfälligste Beispiel dafür, dass dies in Amerika nach wie vor gelingt, ist der Sonderermittler Bob Mueller, ein Sonderermittler, der vom Kongress bestätigt, von der Regierung ernannt wurde, unabhängig ist und mit staatsanwaltschaftlichen und richterlichen Befugnissen ausgestattet ist, zu untersuchen, ob die amtierende Regierung während des letzten Wahlkampfes und danach unzulässige Kontakte zu ausländischen Regierungen hatte. – Meine Damen und Herren, haben Sie so etwas schon mal aus Moskau gehört? Haben Sie irgendwo mitgelesen oder mitgehört, dass der letzte chinesische Volkskongress eine entsprechende Entscheidung getroffen hat. – Das unterscheidet uns in den westlichen offenen Demokratien von anderen autoritären politischen Regimen.

Deswegen, bei allen Zweifeln, die wir im Augenblick haben mögen, es bleibt aus meiner Sicht dabei, für Deutschland und Europa bleibt Amerika zur Gewährleistung einer internationalen regelbasierten, auf Institutionen beruhenden internationalen Ordnung der beste und wichtigste Partner.

Aber er ändert sich und er fordert uns heraus, uns die Frage zu stellen, ob nicht auch wir uns ändern müssen, ob wir nicht mehr tun müssen, um genau das zu erreichen, was Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger, aber vor allem auch für unsere Unternehmen im digitalen Zeitalter des 21. Jahrhunderts bedeutet: Territoriale Integrität, Sicherheit einer regelbasierten Ordnung, Bewahrung des Rechtsstaats nach innen und nicht zuletzt Sicherheit der digitalen Infrastruktur, meine Damen und Herren. Die Herausforderung könnte kaum größer sein. Aber wenn wir uns dieser Herausforderung stellen, bin ich ganz sicher, dass Deutschland und Europa und Europa mit Amerika die Kraft haben, auch im 21. Jahrhundert das zu tun, was ihnen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts so eindrucksvoll gelungen ist, nämlich nachzuweisen, dass offene Gesellschaften und offene Märkte zusammengehören, dass das eine

ohne das andere nicht zu bekommen ist, jedenfalls nicht auf Dauern, und dass die Grundvoraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg in einer offenen Gesellschaft eine freiheitliche und offene liberale Gesellschaftsform ist, so wie wir sie aus Europa und aus Amerika seit vielen Jahrzehnten kennen. – Herzlichen Dank.